

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
20.05.2021

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seite: 4
Ressort: Politik
Seitentitel: Politik

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 115
Auflage: 209.896 (gedruckt)¹
200.883 (verkauft)¹
214.445 (verbreitet)¹

Ausgabe: Hauptausgabe

Reichweite: 0,963 (in Mio.)²

¹IVW 4/2020

²AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Ökumene im Klassenzimmer

Kirchen in Niedersachsen streben neues Modell an

bin. HANNOVER. In Niedersachsen wollen die evangelische und die katholische Kirche einen grundsätzlich neuen Weg beim Religionsunterricht beschreiten. Künftig soll es dort in allen Schulformen nicht getrennten evangelischen und katholischen Unterricht, sondern einen gemeinsamen "christlichen Religionsunterricht" geben. Einen entsprechenden Vorschlag präsentierten am Mittwoch die fünf evangelischen Landeskirchen und drei katholischen Bistümer im Land, die nun mit der rot-schwarzen Landesregierung in Gespräche eintreten wollen. Der Beratungsprozess soll ein Jahr dauern. Auch Lehrer und Elternvertreter sollen eingebunden werden. Der neue Unterricht könnte dann vom Schuljahr 2023/24 an eingeführt werden. Die beteiligten Kirchen wollen dafür eine ökumenische Struktur schaffen, die gemeinsame Lehrpläne entwickelt und Schulbücher und Studiengänge zulässt.

Mit dem Vorhaben reagieren die beiden Kirchen auf wachsende Schwierigkeiten in der schulischen Praxis. Der konfessionelle Religionsunterricht hat nach Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes zwar Verfassungsrang als ordentliches Schulfach. Er wird demnach unter Aufsicht des Staates, aber "in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften" erteilt. Diese Regelung soll die weltanschauliche Neutralität der staatlichen Schulen sichern. Solange die allermeisten Schüler entweder evangelisch oder katholisch waren, hat dieses System an den Schulen auch funktioniert. Die zunehmende religiöse Pluralität der Schülerschaft stellt den konfessionellen Religionsunterricht allerdings vor immer größere Herausforderungen, weil die Klassen immer kleinteiliger aufgeteilt werden müs-

sen. Neben dem Religionsunterricht der beiden großen Kirchen wird verstärkt Ethikunterricht und neuerdings islamischer Unterricht nachgefragt. In den drei kleineren Ländern Bremen, Hamburg und Brandenburg gibt es deshalb schon seit Jahren unterschiedliche Modelle für einen gemeinsamen Unterricht. In der schulischen Praxis wird der weltanschauliche Unterricht aber auch häufig in anderen Ländern entgegen der dort geltenden Regeln für den gesamten Klassenverband erteilt.

Um den Problemdruck zu reduzieren, setzen die Kirchen in Ländern wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und auch Niedersachsen schon seit längerer Zeit auf einen konfessionell-kooperativen Religionsunterricht. Das bedeutet, dass der Unterricht der einen großen christlichen Konfession auch von Schülern der jeweils anderen Konfession besucht wird. In Niedersachsen wird nach inoffiziellen Schätzungen bereits rund vierzig Prozent des Religionsunterrichts auf diese Weise erteilt, mit steigender Tendenz. Gegen dieses Modell gibt es jedoch Widerstände aus konservativen katholischen Diözesen. In Nordrhein-Westfalen verweigert sich das Erzbistum Köln dieser ökumenischen Zusammenarbeit. In Niedersachsen wollen die Kirchen nun hingegen noch einen Schritt weitergehen und ihren jeweiligen Religionsunterricht zu einem gemeinsamen "christlichen Religionsunterricht" weiterentwickeln. Dies ist möglich, weil die Bistümer Hildesheim, Osnabrück und Münster deutlich aufgeschlossener für die Ökumene sind als das Erzbistum Köln oder manche bayerische Bistümer. Auf evangelischer Seite wird der Plan von den fünf niedersächsischen Landeskirchen Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und der Reformierten Kirche unterstützt.

Der Vorstoß stammt aus dem Kreise der kirchlichen Schulreferenten auf Landesebene. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) wurden in die Beratungen nur am Rande einbezogen. Die hannoversche Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track sagte, man sei jedoch gespannt auf die "bundesweite Diskussion" über den Vorschlag. Der Leiter der Hauptabteilung Bildung im Bistum Hildesheim, Jörg-Dieter Wächter, sagte, man habe sich zunächst auf Landesebene positioniert. Die DBK könne sich gerne an der weiteren Diskussion beteiligen. (Kommentar Seite 8.)

Wörter: 488

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
20.05.2021

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seite: 8
Ressort: Politik
Seitentitel: Zeitgeschehen

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 115
Auflage: 209.896 (gedruckt)¹
200.883 (verkauft)¹
214.445 (verbreitet)¹

Serientitel: Glosse Politik
Ausgabe: Hauptausgabe

Reichweite: 0,963 (in Mio.)²

¹IVW 4/2020

²AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Überfällig

Von Reinhard Bingener

Der konfessionelle Religionsunterricht ist zwar im Grundgesetz abgesichert. In der schulischen Praxis wird das System gleichwohl seit Jahren auf leisen Sohlen ausgehöhlt. Der Plan für einen gemeinsamen "christlichen Religionsunterricht" der beiden großen Kirchen ist daher überfällig. In Niedersachsen wollen die katholischen und evangelischen Kirchen auf diesem Weg ihre Kräfte bündeln, bevor der Staat die religiöse Deutungshoheit an den Schulen übernimmt. Abwenden lässt sich eine solche Entwicklung vermutlich nicht mehr, aber vielleicht, so die Hoffnung der niedersächsischen Kirchen, um Jahrzehnte hinauszögern.

Doch viele andere Bischöfe in Deutschland haben daran offenbar wenig Interesse. Statt den bekenntnisorientierten Unterricht durch Zusammenarbeit zu verteidigen, verweigern sich einschlägig bekannte katholische Diözesen wie das Erzbistum Köln jeder Veränderung. Bezeichnend ist, dass die Kirchen in Niedersachsen nun voranpreschen, ohne die Deutsche Bischofskonferenz oder die EKD in ihre Planungen einzubinden. Man fürchtete wohl, dass sich die Reform eine halbe Ewigkeit hinzieht oder abgewürgt wird. Für die deutschen Kirchen in ihrer föderalen Struktur ist das ein Armutszeugnis. Ebenso wie bei der Aufarbeitung der sexuellen Gewalt zeigt sich, dass die beiden großen Kirchen nicht in der Lage sind, gemeinsame Antworten auf drängende Fragen zu entwickeln, die der Gesamtgesellschaft vermittelbar wären.

Wörter: 192

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main